

50 Jahre Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/51. Jahrgang

Dezember 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

"Bleiben Sie zuhause" - ein Hohn für Menschen ohne Zuhause



Der Winter bringt Menschen ohne festen Wohnsitz in Lebensgefahr, ob mit oder ohne Corona. Sie werden frieren oder gar erfrieren, weil die Stadtregierung scheinbar keine Idee hat, wie man Schlafplätze organisieren oder Wärmestuben bereitstellen könnte. Die Brücke der Diakonie hat bereits seit März geschlossen, weswegen Obdachlose Probleme haben zu duschen oder ihre Wäsche zu waschen. Bis zu 300 Menschen kommen normalerweise regelmäßig in die Obdachlosen-Tagesstätte. Die Nachfrage an Unterstützung steigt, der Beratungsbedarf nimmt zu.

Schon immer sind die Obdachlosen das letzte Glied in der Kette. Sie sind Witterung und staatlicher Willkür ausgeliefert, werden gesellschaftlich geächtet und bangen um die begrenzte Hilfsbereitschaft einzelner. Frauen trifft es dabei besonders hart.

Während das Pflegepersonal in

privaten Krankenhäusern Überstunden schiebt, machen sich ehrenamtliche Ärzte Sorgen, dass die Lebenserwartung der Wohnsitzlosen aufgrund ihrer medizinisch nicht ausreichenden Versorgung sinkt. Zusätzlich greifen einige Wohnsitzlose früher zu Rauschmitteln und härteren Drogen. Die Bahnhofsmision kann nur wenig Unterstützung leisten, da sich nur drei Personen gleichzeitig in dem Raum aufhalten dürfen - und das auch nur für 20 Minuten.

Die aktuelle Situation in Gießen wird von der Stadt toleriert, angeblich aus Ideenarmut, Budgetgründen oder anderen Sachzwängen. Wir sagen deutlich: Das muss nicht so sein!!

Die Gießener Linke stellt alle Jahre wieder Anträge für eine Wärmestube, welche regelmäßig abgelehnt werden. Dabei liegt die Lösung auf der Hand: mehr Wohnraum schaffen.

Ein inzwischen erfolgreiches Konzept, um mehr Wohnraum zu schaffen, heißt „Housing first“ - „Wohnung zuerst“ und wird in Finnland und in Berlin praktiziert.

Jeder Obdachlose bekommt demnach eine Wohnung mit einem festen Mietvertrag. Erst dann könne man produktiv andere Probleme angehen, sagte Jarmo Linden, Chef der finnischen Wohn- und Entwicklungsgesellschaft ARA. Das ist keine Utopie, sondern Praxis, die mitten in Europa und Deutschland, trotz des bestehenden Kapitalismus existiert.

Nach der hessischen Gesetzeslage sind die Kommunen für die Unterbringung obdachloser Personen zuständig. Demnach hat jeder und jede Wohnsitzlose gegenüber der Stadt einen entsprechenden Anspruch. Es gibt freistehende Wohnungen, leerstehende Häuser, freie Hotelzimmer, eine leerstehende Jugendherberge, Unterkünfte, in denen Flüchtlinge zwischenzeitlich untergebracht wurden. Wir stellen fest: Raum ist vorhanden!
Martina Lennartz

Inhalt

Krieg gegen flüchtende Menschen / Wahl USA	S. 2
Corona und Rezession / Gewerbegebiet Lützellinden	S. 3
Kurzarbeit light / Working Dead	S. 4
UKGM: Applaus für Aktionäre? / Arbeitskampf bei ver.di	S. 5
Fake-Siegel / BI Wiesseckau / "Fußgängerfreundliches" Gießen	S. 6
Lernen und Lehren am Limit / Gießens Busverkehr	S. 7
Beschäftigte haben Rechte / Ehrung Ria Deeg / Termine	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Europa im Krieg gegen flüchtende Menschen

Das ist mein provokantes Fazit der europäischen Flüchtlingspolitik. Die „Soldaten“, die diesen Krieg führen, sind die Küstenwachen von Malta und Italien und die "Küstenwache" von Libyen. Mit Hilfe von Italien



und Malta wurden dieses Jahr über 8.500 flüchtende Menschen von den libyschen *Warlords* (Kriegsherren) zurück nach Libyen in die Folterlager verschleppt, finanziert von Europa.

"Soldaten" sind Polizeibehörden in Kroatien, Serbien,

Bosnien und im Kosovo, die die Menschen brutal zurücktreiben: Mit Schussverletzungen, Knochenbrüchen, Platzwunden, in die zur allgemeinen Belustigung in Senf und Ketchup eingerieben wird - dergleichen ist an der Tagesordnung.

Die Entmenschlichung in griechischen Lagern schreitet voran. Unzählige rechtswidrige *Push Backs* (Zurückdrängungen) mit Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken, die bereits Tote forderten, können sich die griechischen Küstenbehörden und Frontex auf die Fahne schreiben.

Europa hat sich einmal der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet: Nicht-Zurückweisung, menschenwürdige Unterbringung, Schutz vor Diskriminierung, Freiheitsentzug und Folter, Zugang zu Gerichten und Ausweisungsschutz sind wesentliche Bestandteile.

Auch dem internationalen Seerechtsübereinkommen hat Europa

zugestimmt. Alle Küstenstaaten sind verpflichtet, in ihrem Seegebiet die Rettung Schiffbrüchiger sicher zu stellen, wobei die Rettung auf See eine Verpflichtung an alle Schiffe und Besatzungen darstellt. All dies ist das Papier nicht mehr wert, auf das es einmal geschrieben wurde.

Ich fordere endlich staatlich finanzierte Seenotrettung, Unterstützung der privaten Seenotrettung, ein Ende der Kooperation Europas mit der sogenannten libyschen Küstenwache, Aufkündigung des EU-Türkei-Deals, sichere Fluchtwege und Einhaltung der Menschenrechte. Europa muss endlich eine effektive Bekämpfung der Fluchtursachen starten, mit fairer Welthandelspolitik, effektivem Klimaschutz und einem wirksamen Stopp von Waffenexporten.

Vera Bonica, Seebücke Gießen, NGO Sea-Eye

Geplante Kundgebungen:

05.12., 12.12. und 19.12. jeweils um 16:30 Uhr am Kugelbrunnen

Wahl in den USA 2020 – Faschismus in Wartestellung

Biden hat gesiegt. Aber von einem Erdrutschsieg kann nicht die Rede sein. Die bürgerliche Presse charakterisiert Trump als wesentlich verantwortlich für den Abstieg der USA. Diese Einschätzung ist falsch. Trump ist nicht die Ursache der Krise des US-Kapitalismus, er ist deren Ausdruck. Vor 2016 lebten 12,7 Prozent der Gesamtbevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Auch der ökonomische Abstieg der USA begann nicht erst mit der Weltwirtschaftskrise 2008.

Hinter dem Aufstieg der „Tea Party Bewegung“ 2009 und der Regierung Bushs (2001 – 2009) stand ein Teil des US-Kapitals, repräsentiert durch „Koch Industries“ (Chemie, Öl etc.). Der Kampf zwischen Republikanern und Demokraten ist vor allem der Kampf unterschiedlicher Kapitalfraktionen. Das „alte“ Kapital (Öl, Chemie etc.) gegen Wall Street

und Silicon Valley. Die Krise des US-Kapitalismus brachte einen Stephen Bannon hervor, den ideologischen Stichwortgeber der „neuen Rechten“. Er unterstützte zunächst die „Tea Party Bewegung“ und erkannte dann Trumps Massenwirksamkeit. Bannon will den Staat zerstören. Er kritisiert die großen Banken und Versicherungen. Der Zerfall der jüdisch-christlichen Basis habe den Neoliberalismus ermöglicht, der außer seinen Eliten niemanden mehr versorge, so Bannon. Auch wenn das Verhältnis Trump / Bannon sich abgekühlt hat, folgt das Team von Trump seiner politischen Agenda.

Die bürgerlichen Medien stellen Trump als Idioten dar, welcher nicht wahrhaben will, dass er verloren hat. Die Handlungen Trumps richten sich aber ausschließlich an seine Anhänger. Er bestärkt sie in ihrer Ansicht, die Wahl sei gestohlen

worden und das Establishment sei korrupt. Ihm geht es darum, die Spaltung zu vertiefen und die eigenen Anhänger zu mobilisieren.

Noch ist der Flügel des US-Kapitals, der für eine faschistische



Lösung steht, zu schwach, um nach der Macht zu greifen. Aber je mehr sich die Krise des US-Kapitalismus verstärkt, desto mehr können sich diese Mehrheitsverhältnisse ändern. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an den Satz: „Faschismus kommt nicht von den Faschisten“.

Henning Mächerle

Corona geht – die Rezession bleibt

Corona füllt die Zeitungen und das Fernsehprogramm, täglich gibt es neue Verordnungen und Verhaltensregeln. Zur Finanzkrise gibt es dagegen nur eines: Die Staatsknete muss fließen. Dabei ist es doch so: Corona wird vergehen, die Krankheit der Ökonomie bleibt uns erhalten.

Nun kriegen nicht alle die ökonomische Misere zu spüren. Börsen zeigen Höchststände, die Portfolios der Vermögenden wachsen gewaltig. Deutschlands hundert Milliardäre sind seit Jahresbeginn um zehn Milliarden reicher geworden. Die Europäische Zentralbank (EZB) überschwemmt die Märkte mit Geld, senkt die Zinsen bis auf oder gar unter Null, kauft Staatsanleihen, und das nicht erst seit gestern. Seit 30 Jahren, also fast seit Ende des Nachkriegsbooms, wächst die Finanzwirtschaft schneller als die Realwirtschaft, also die Produktion

von Waren und Dienstleistungen. Diese dümpelt mit ein bis zwei Prozent Jahreszuwachs dahin.

Mit der Flutung der Geldmärkte wächst die Ungleichheit in der Behandlung der Bürger. Auf dem Sparbuch gibt es keine oder negative Zinsen, Lebensversicherungen bringen nicht einmal die Substanz des Eingezahlten. Auf der anderen Seite steigen die Preise von Aktien und Immobilien.

Aber man glaube nicht, dieses Spiel ließe sich bis ins Unendliche fortsetzen. Um die Zinsen in endlose Tiefen rutschen zu lassen, muss man schon das Bargeld abschaffen. Keiner weiß, welche Haken das Kapital noch schlagen wird. Einfallsreich war es durchaus schon immer. Man könnte auch die Milliardäre für die Staatsschulden zur Kasse bitten, aber das liegt außerhalb aller Überlegungen unserer Politiker. Also wird man versuchen, den Dauerzustand der



permanenten Staatsverschuldung ewig zu verlängern. Den Drogensüchtigen heilt man allerdings nicht dadurch, dass man die Dosierung der Opiate dauernd erhöht.

Klaus Mewes

Lützellinden: Gemüse statt Gewerbegebiet

Seiner Verfassung nach hat Hessen die Pflicht, Städten und Kommunen schwarze Zahlen zu ermöglichen. Diese Aufgabe wird bewusst unzureichend ausgeführt.

Um ihrer Ausblutung zu entkommen, greifen die Kommunen zu Methoden, die ihrem mehrheitlich neoliberalen Verständnis entsprechen: Das "Eingemachte" - Grundstücke und Häuser - verhökern, Aufgaben privatisieren sowie soziale Ausgaben und Wohnungsbau minimieren.

Mit der Ausweisung von Gewerbegebieten verbindet man auch im Gießener Rathaus die irrixe Vorstellung von einer steuerlichen Goldgrube und vielen Arbeitsplätzen. Die damit verknüpften Ziele sind allerdings kurzfristig und einseitig ökonomisch ausgerichtet. Umweltzerstörung spielt eine Nebenrolle.

Im Gießener Stadthaus kamen CDU, Grüne und FDP 2010 auf die Idee, in Lützellinden ein zweites Gewerbegebiet zu betonieren: eine Tat des berühmten CDU-Baudezernenten Rausch. Auf einer fruchtbaren Ackerfläche an

der Rheinfelder Straße sollten 400.000 qm Fläche versiegelt werden. Da Lützellinden schon über das Gewerbegebiet "Rechtenbacher Hohl" verfügt (300.000 qm), entspräche die Gewerbefläche etwa der Wohnfläche. Im "Regionalplan Mittelhessen" sind wahnsinnige 1.320.0000 qm für Lützellinden ausgewiesen. Die Bürgerinitiative



"Lützellinden sagt NEIN" stellte sich dem Flächenfraß entgegen. Sie erreichte, dass sich SPD, CDU und Grüne von ihren Plänen halbherzig distanzieren. Die Gießener Stadtverordnetenversammlung kam dem nach. Jedoch hat im "Regionalplan Mittelhessen 2010" die bisherige

Planung Bestand. Die Stadt hat bereits etliche Grundstücke aufgekauft. Nach der nächsten Kommunalwahl könnten alle Absichtserklärungen Schnee von gestern sein.

Statt eine realistische Bedarfsrechnung für den Gießener Raum aufzustellen, ließ die "Regionalversammlung Mittelhessen" die "Prognose AG" aus Basel ein Gutachten für Gewerbeflächen-Standorte ausarbeiten. Diese Firma sieht als wichtigstes verkehrspolitisches Standortkriterium die Nähe zum Autobahnanschluss an. Von Bahnanschlüssen ist keine Rede. Sie propagiert auf ihrer Homepage eine Klimaneutralität bis 2050, die Stadt Gießen dagegen bis 2035. Dieses Gutachten ist Steuergeld-Verschwendung.

Die Lützellindener wollen wachsen bleiben. Für die Kommunalwahl 2021 baten sie alle Parteien in einem offenen Brief um eine Stellungnahme. Die "Gießener Linke" unterstützt den Kampf gegen das neue Gewerbegebiet.

M. Berger

Arbeitszeitverkürzung statt "Kurzarbeit light"

Nachdem schon die letzte Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie 2020 inmitten der Krise mit einer Nullrunde endete, steht Anfang 2021 schon die nächste an und auch dieses Mal sei laut Oliver Barta, Verhandlungsführer der hessischen Arbeitgeber, selbst „eine Nullrunde schon ein Kompromiss“. Die Unternehmen wurden vom Staat mit Milliardenhilfen und Kurzarbeit auf Kosten der Steuerzahler beschenkt und vielerorts brummt das Geschäft längst wieder. Doch sie bekommen den Hals niemals voll: Wenn es nach ihnen geht, sollen wir Arbeiterinnen und Arbeiter auf Lohn und erkämpfte Mitbestimmungsrechte verzichten, unsere Arbeitszeit soll nach Gutdünken der Unternehmer weiter „flexibilisiert“ werden.

Was ist unsere Antwort als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter? Mit der vermeintlichen Forderung nach einer 4-Tage-Woche brachte IG-Metall Vorsitzender Hofmann die Gewerkschaft in die Schlagzeilen. Allerdings ist hierbei leider keineswegs eine allgemeine

Verkürzung der Wochenarbeitszeit gemeint, die allen Arbeiterinnen und Arbeitern in der Metall- und Elektroindustrie zu Gute käme. Vielmehr geht es um eine Absenkung der Arbeitszeit in Betrieben mit schlechter Auftragslage - mit dem Ziel, Entlassungen zu vermeiden. Außerdem soll es einen Teillohnausgleich für die so entfallenen Stunden geben. Quasi „Kurzarbeit light“.

Doch würden wir nicht auch die Beschäftigung sichern und unsere Lebensqualität verbessern, wenn wir eine Arbeitszeitverkürzung für alle, bei vollem Lohn- und Personalausgleich, fordern und durchsetzen? Eins ist klar: Das wäre nicht möglich mit zweistündigen Warnstreiks, sondern nur mit der Organisation der Beschäftigten für einen konsequenten Arbeitskampf. Natürlich würden die Arbeitgeber dann gleich den Zusammenbruch des gesam-

ten Systems herbeireden. Das taten sie allerdings schon, als Gewerkschaften die 35-Stunden-Woche oder die Abschaffung der Kinderarbeit gefordert haben. Schade drum wäre es sowieso nicht.

Lars Frewert, Mitglied in der Tarifkommission der IG Metall



Dieses System ist verseucht – Zombies aller Länder vereinigt euch

Zunächst beschallen nur unheimliche Klänge die Gießener Fußgängerzone. Passanten ergreift ein beklemmendes Gefühl. Sie reißen ihre Kinder an sich und schauen verstört um sich. Es riecht

nach Tod. Blitzartig treten schaurige Gestalten in die Eiskälte. Ihre Arbeitskleidung ist blutbeschmiert, klaffende Wunden bedecken ihre Gesichter, ihre leeren Augen starren bedrohlich in die Menge. Die „Working Dead“ sind auferstandene, wandelnde tote Arbeiterinnen und Arbeiter.

Am 7.11. sind sie gekommen, um ihre Wut auf die Straße zu tragen – Wut über die Milliardenhilfen der Bundesregierung an Konzerne wie BMW und Daimler. Konzerne, deren Produkte vom Staat subventioniert werden, während sie an ihre Anteilseigner Milliardenbeträge ausschütten und ihre ArbeiterInnen in Kurzarbeit sind. Wut über die Angriffe auf das Arbeitsrecht in der Pflege, wie kürzere Ruhezeiten und 12-Stunden-Schichten. Wut darüber, dass die Kosten der Wirtschafts- und Coronakrise auf dem Rücken der Lohnabhängigen

Klasse abgeladen werden, statt die Reichen dafür zahlen zu lassen.

„You make us zombies, you make us mad – we are the Working Dead“, hallt es durch die Fußgängerzone. Die Gruppe an Arbeiter-Zombies hat ihrer Klasse eine Botschaft mitgebracht: „Die Kämpfe, die kommen oder in denen wir schon längst stecken – wie Tarifverhandlungen und drohende Werksschließungen – können durch uns bestimmt werden, wenn wir sie auch als unsere gemeinsamen Kämpfe wahrnehmen. Viel zu lange haben wir getrennt voneinander gekämpft und viel zu oft gegeneinander. Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam als Klasse zu kämpfen! Für eine solidarische und klassenlose Gesellschaft! Für den Sozialismus“.

Jenny Meurer, Antifaschistische
Revolutionäre Aktion Gießen
(ARAG)



UKGM: Applaus für Aktionäre? Asklepios will mehr Geld

Am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) dreht sich nach der Übernahme durch Asklepios das Personalkarussell in der Führungsetage, so wie es auch in den ersten Jahren nach der Privatisierung der Fall war.

Jetzt wurde Christian Höftberger, Vorstand der Rhön AG, zum Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Seit 2006 wechselte er zweimal zwischen Rhön und Asklepios, für letztere war er Regionalgeschäftsführer für Hessen.

Als Schwerpunkt seiner Arbeit nannte er die „Weiterentwicklung der Trennungsrechnung“ (Kalkulation zur Ermittlung der vom Land zu erstattenden Kosten für Forschung und Lehre). Das heißt nichts anderes, als dass Asklepios von der Universität mehr Geld für die Duldung von Forschung

und Lehre haben will. Außerdem will er, dass die Landesregierung als Mitgesellschafterin sich am UKGM stärker engagiert. Damit ist jedoch bestimmt nicht gemeint, dass das zuständige Wissenschaftsministerium Einfluss auf die Geschäftsführung hat, sondern bedeutet auch hier: mehr Geld – z. B. zum Ausgleich der Einnahmeausfälle durch die Pandemie und der Defizite der Marburger Partikeltherapie. Die Dividenden für die Aktionäre müssen ja auf jeden Fall fließen, das ist das einzige was private Investoren am Gesundheitswesen interessiert.

Das überlastete Personal, dessen Pflichtbewusstsein die Geschäftsführung bis zur Erschöpfung ausnutzt, geht dabei jedoch leer aus. Nicht mal die von der Regierung versprochenen Corona-

Prämien werden ihm zugestanden. Die Vergabekriterien wurden so formuliert, dass nur wenige Kliniken diese Prämie bekommen. Als Ausgleich Geld von den Profiten für das Personal abzuzweigen, kommt natürlich nicht in Frage, die Aktionäre brauchen es dringender. Die Profitorientierung der Kliniken schadet Patienten und Personal – der Kampf dagegen geht weiter.

Gernot Linhart

Arbeitskampf trotz Corona

Am 24.11. forderten der Ärztliche Geschäftsführer der Uniklinik Gießen (UKGM) und ein weiterer Professor in einem öffentlichen Aufruf in Zeiten der Pandemie nicht zu streiken. Ver.di solle doch bitte daher vom Arbeitskampf lassen. Kann man machen. Sollte man aber nicht!

Fragen wir uns doch mal, wer alltäglich den Arbeitskampf organisiert!

Ist es kein Arbeitskampf, wenn der OP-Tisch wieder länger genutzt wird und der pünktliche Feierabend wieder nicht klappt? Ist es kein Arbeitskampf, wenn die befristete Stelle nicht verlängert wird? Ist es kein Arbeitskampf, wenn die

Schwangerschaftsvertretung plötzlich doch nicht eingestellt wird? Ist es kein Arbeitskampf, wenn Stellen abgebaut werden? Ist es kein Arbeitskampf, wenn das ganze Klinikum wie ein x-beliebiges Gut an der Börse hin und her geschoben wird? Ist es kein Arbeitskampf, wenn die Stellenerhöhung seit Jahren nicht

durchgeht? Ist es kein Arbeitskampf, wenn das kostenlose Jobticket seit Jahren verweigert wird? Ist es kein Arbeitskampf, wenn an allen Ecken und Enden gespart wird? Ist es kein Arbeitskampf, wenn in der Abteilung bei gleicher Arbeitsmenge Jahr für Jahr weniger Leute arbeiten? Ist es kein Arbeitskampf, wenn öffentliche

Gelder in private Taschen wandern? Ist es kein Arbeitskampf, wenn die Aktionäre Dividende kassieren? Ist es kein Arbeitskampf, wenn der Arbeitgeber nicht mal einen Corona-Bonus zahlt? Ist es kein Arbeitskampf, wenn in den Tarifverhandlungen nicht mal ein Angebot gemacht

wird?

Doch dazu sagen die Herren Professoren nichts. Zu Wort melden sie sich, wenn sich gegen den Normalzustand gewehrt wird. Traurig.

Fabian Dzewas-Rehm, ver.di-Sekretär, zuständig für das UKGM



UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!



Die Print- und Online-Ausgabe
gratis.

Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/UZ-ABO>

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Das Gießener Echo bleibt ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Achtung! Neue Kontonummer!
Sparkasse Gießen, IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Es grüßt mit herzlichem Dank
das Redaktionskollektiv

Fake-Siegel für Asklepios-Kliniken



Das UKGM, das Krankenhaus Lich und viele andere Häuser der Asklepios-Gruppe schmücken sich mit Qualitäts-Siegeln, die von dem Magazin Focus vergeben werden. „Eines der besten Krankenhäuser Deutschlands“, „Einer der besten Ärzte...“ und ähnliche Lobhudeleien stehen auf den dazu gedruckten Zertifikaten.

Wie das ZDF-Magazin „Frontal 21“ kürzlich aufdeckte, stehen hinter dieser Einstufung keine ernsthaften Qualitätsvergleiche, sondern Informationen, deren Herkunft Focus nicht verrät. Ärzte und Kliniken bekamen Siegel zugeschickt, die mit ihrer ausgeübten Tätigkeit nicht das Geringste zu tun haben. Für die Nutzung dieser Auszeichnung müssen vierstellige Beträge an „Focus“ überwiesen werden. Seriöse Empfänger schicken die Dinger zurück oder werfen sie in den Papierkorb. Andere zahlen gerne das Geld und nutzen die wohlklingenden Prädikate für die Werbung um zahlungskräftige Privatpatienten.

Gernot Linhart

BI Wieseckau will es wissen

Mit drei Fragen zur Existenz der "Strandbar" im Landschaftsschutzgebiet Wieseckau hat sich die Bürgerinitiative (BI) an den Magistrat gewandt. Die BI will wissen, ob der Pachtvertrag für das Gebiet neben einem Biotop ausgelaufen ist. Außerdem, ob bei einer Verlängerung der Schutz der brütenden Vögel gesichert wurde.

In der Vergangenheit berücksichtigte der Pächter viele Schutzmaßnahmen nicht und das Gießener Ordnungsamt bzw. Gartenamt setzte sie nicht durch. Unter anderem wurden eine Vogel-Schutzpläne während der lauten Aufbauarbeiten in den letzten Frühjahren nicht rechtzeitig aufgehängt, Datenschutzaufgaben nicht eingehalten, Sicherheitsmaßnahmen bei Gaskartuschen ignoriert, eine Müllhalde hinter der Umzäunung angelegt, Corona-Bestimmungen und Parkverbote missachtet und mehr - alles belegbare Verstöße gegen Auflagen.

Das sind eine Menge Vorkommnisse, die Zweifel an der Vertragstreue des Pächters und an den Kontrollinstanzen der Stadt schüren. Bis jetzt war die Stadt zu einer Offenlegung der Pläne für das wichtige Erholungsgebiet nicht bereit.

M. Berger

"Fußgängerfreundliches" Gießen

Einige Tempo-30-Zonen in Gießen bieten den Anwohnern mehr Sicherheit beim Überqueren der Straßen und weniger Verkehrslärm. In der Eichgärtenallee z.B. können Gänse inzwischen vom Schwanenteich (viele Schwäne gibt es ja nicht mehr) die Fahrbahn ohne "Todesangst" überqueren.

Anders sieht es in den Tempo-30-Zonen der Stadt aus: zu kleine, übersehbare Schilder, keine Hinweise zwischendurch und keine

Rechts-vor-Links-Hinweise. Mancher Autofahrer vergisst, dass er in einer Geschwindigkeits-reduzierten-Zone unterwegs ist.

Mit geringem Aufwand könnten von der Stadt Tempo-30-Hinweise auf den Asphalt gemalt werden, bzw. Haltelinien an Kreuzungen. Man fragt sich, warum solche Sicherheitsmaßnahmen in Gießen nicht besonders auf Schulwegen durchgeführt werden.

M. Berger



Am 9.11. trafen sich Antifaschisten auf dem Rathausplatz zu einer Kundgebung, um an die Reichspogromnacht von 1938 zu erinnern und zu mahnen. Der antifaschistische Kampf ist heute notwendiger als je zuvor.

Lernen und Lehren am Limit

Im Oktober veröffentlichte die Gießener Allgemeine Zeitung (GAZ) Auszüge eines Leserbriefes einer 30-jährigen Lehrerin aus Gießen. In ihrem Brief spricht sie von katastrophalen Arbeitsbedingungen, unter denen ihre KollegInnen und auch die SchülerInnen zu leiden hätten. Die Klassen seien

Kind, das nicht lesen und schreiben kann und trotzdem am Unterricht teilnimmt. Oder ein in Deutschland geborener Junge, der »massive sprachliche Rückstände im Vergleich zu den Altersgenossen« habe. Er bemühe sich, sei zuverlässig, habe Freunde gefunden, könne aber selbst kurze, einfache Texte nicht verstehen. »Es ist doch jetzt schon klar, dass dieses Kind trotz Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung und vorbeugenden Maßnahmen kaum eine Chance auf einen Abschluss hat«, schreibt sie. »Es zerbricht mir das Herz.« (GAZ).

KapitalistInnen die Anforderungen an ein Bildungssystem erfüllt.

Die geschilderten Verhältnisse haben sich unter den Pandemie-Bedingungen weiter verschärft. Die breite Bevölkerung bekommt nun die Quittung für die neoliberale Privatisierungs- und Sparpolitik der letzten Jahrzehnte. Für die Wirtschaft werden Milliarden zur „Rettung“ ausgegeben. Die Kosten der Krise sollen wieder einmal wir zahlen.

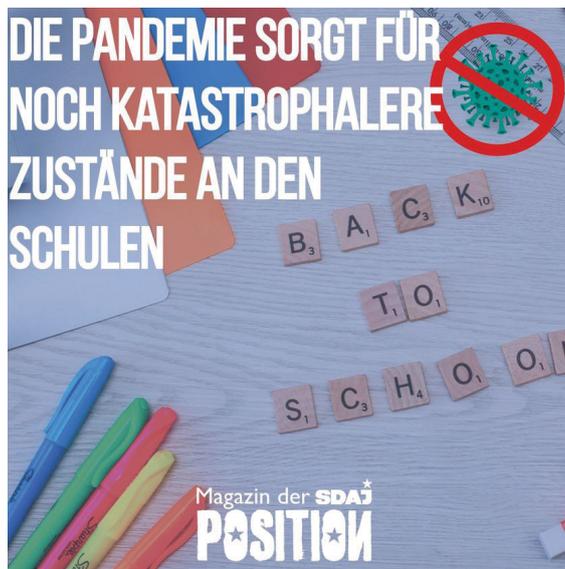
Doch wir schnallen den Gürtel dieses Mal nicht enger und rufen auf euch gemeinsam mit uns zu wehren. Kämpft mit uns für unser Grundrecht auf Bildung und eine sozialistische Zukunft!

- Mehr Geld für die Bildung!
- Weg mit allen Zugangsbeschränkungen im Bildungssystem! Weg mit Studiengebühren!
- Arbeitszeitverkürzung für Lehrende!
- Abschaffung des Notensystems!

Max Lambeck, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)



SDAJ Gießen findest du auch auf Facebook oder schreibe an: sdaj-marburg@gmx.de



zu groß, die Räume zu klein, für die Betreuung Einzelner blieben pro Schulstunde 60 Sekunden. Ausstattung und Materialien seien veraltet, nur mangelhaft vorhanden oder defekt.

Ein Ausgleich von sozial bedingter Chancenungleichheit ist so unmöglich.

Sie nennt Beispiele: Da wäre ein

und die LehrerInnen vor Ort sehen sich gezwungen, die dadurch entstandenen Schäden durch persönliches Engagement in ihrer Freizeit auszugleichen.

Solange wir profitabel am Arbeitsmarkt eingesetzt werden können, der Bedarf an ausgebildeten Arbeitskräften in verschiedenen Bereichen gedeckt ist, sind für die

Gießens Busverkehr bleibt städtisch

Jahrelang drohte dem Stadtbusverkehr die Privatisierung. Aufgrund einer neoliberalen EU-Verordnung haben private Betreiber bei der Ausschreibung von Öffentlicher Personenbeförderung Vorrang, wenn sie zusichern, den Verkehr eigenwirtschaftlich, also ohne Zuschüsse, zu betreiben.

Die Busunternehmen Erelt, Schwalb und Weber gründeten deswegen das Konsortium ESW und bewarben sich um den Gießener Stadtbusverkehr.

Die Stadt hätte dann kaum noch Einfluss auf Linienführung, Fahrpläne und die Qualität des Betriebes. Die Vorschriften, die bei

der Ausschreibung gemacht werden können, sind begrenzt. In einigen Städten wurde der Busverkehr auf diese Weise privatisiert – mit verheerenden Folgen für die Bürger. Busse fahren nur noch auf Strecken und zu Zeiten, die Gewinne bringen, das Personal ist oft schlecht qualifiziert.

Wegen dieser Erfahrungen andernorts wies das zuständige Regierungspräsidium die Bewerbung von ESW zurück und erteilte der Stadtwerktochter Mit.Bus den Auftrag. Das ESW klagte dagegen vor dem Gießener Verwaltungsgericht, verlor und klagte anschließend vor dem

Hessischen Verwaltungsgerichtshof weiter. Dort stand ein Urteil seit 2016 aus, Mit.Bus fuhr mit einer vorläufigen Lizenz.

Jetzt hat der Gerichtshof endlich entschieden – der Busverkehr bleibt bei den Stadtwerken. Die privaten Bewerber konnten nicht nachweisen, dass sie das Liniennetz mit ausreichender Qualität eigenwirtschaftlich betreiben können.

Jetzt ist es an der Zeit, den Öffentlichen Personenverkehr weiter zu verbessern. Für das Ziel, Gießen klimaneutral zu machen, ist noch viel zu tun.

Gernot Linhart

Auch in Corona Zeiten: Beschäftigte haben Rechte!

Im Gastronomiebereich, aber auch in anderen Branchen arbeiten überwiegend geringfügig Beschäftigte, sogenannte Aushilfen. Wenn es gut läuft, gibt es den gesetzlichen Mindestlohn, aber selbst dieser mit 9,35 Euro / Stunde wird nicht überall gezahlt. Dies zeigen die Überprüfungen der zuständigen Behörden. Fast niemand kennt seine Rechte, wie bezahlten Urlaub, bezahlte Krankschreibung, korrekte Erfassung der Arbeitszeit oder den gesetzlichen Kündigungsschutz. Betriebe, die aktuell geschlossen sind bzw. keine Umsätze generieren, können 75% des Novemberumsatzes aus 2019 beantragen und bei versicherungspflichtigen Beschäftigten Kurzarbeitergeld beantragen. Doch was passiert mit den sogenannte

Aushilfen? Die werden einfach nach Hause geschickt und mit besseren Zeiten nach Corona vertröstet... Aber auch in diesen Fällen haben die geringfügig Beschäftigten Rechte:

- arbeitsunfähig erkrankt (auch Corona): Nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz gibt es bis zu sechs Wochen einen Anspruch auf Bezahlung!
- Betrieb wegen Corona geschlossen: Wenn die Aushilfe arbeitsfähig und arbeitsbereit ist, muss weitergezahlt werden!
- Minusstunden/Zwangsurlaub geht nur einvernehmlich!

Dies sind nur einige der Rechte der geringfügig Beschäftigten; nachzulesen unter:

www.minijob-zentrale.de

Helmut Appel

Tatort Stadtparlament: Wie sie sich um eine Ehrung von Ria Deeg herumdrücken

Wortlaut des beschlossenen Änderungsantrages: „Der Antrag „Ehrung von Ria Deeg“ wird zur Beratung und Empfehlung an den „Beirat zur Benennung von Straßen und Plätzen in der Universitätsstadt Gießen“ verwiesen, dem durch Magistratsbeschluss vom 14.09.2020 neben der Vorbereitung von Benennungsvorschlägen für die Bezeichnung von Straßen und Plätzen die Vorbereitung zur Auswahl und Platzierung der Gießener Köpfe übertragen wurde.“

Es gibt in Gießen keine andere Antifaschistin, die sich mehr Verdienste im Kampf gegen den Hitler-Faschismus erworben hat und dafür ins Zuchthaus gesperrt wurde, als Ria Deeg. Daher halten wir es wie Bert Brecht: "Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind kämpfen viele Jahre. Aber die stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich". M.L.



Wir nehmen Abschied von

Werner Linhart

geb. 14.07.1947 – gest. 06.11.2020



Viele Jahre war Werner in seiner Wohngebietsgruppe und in der Echo-Redaktion aktiv, er sang und spielte in der Gießener Songgruppe für eine bessere Welt. Irgendwann erschien ihm dieses Ziel zu weit entfernt, er zog sich mehr und mehr zurück. Zuletzt fehlte ihm die Kraft und der Mut zum Leben. In unseren Gedanken lebt er weiter.

DKP Gießen und ehemalige Mitglieder der Gießener Songgruppe

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren Informationen der DKP Gießen interessiert sind, erreichen Sie uns hier im Internet:

- www.giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen?“

Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte, und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte.

Karl Marx

DKP.de

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwort.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (Sparkasse Gießen),
IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46,
BIC: SKGIDE5F

Druck: Gründrucken Gießen

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen
an: Gießener Echo, Postfach 110340,
35348 Gießen,

E-Mail: g.linhart@gmx.de

Internet: www.giessen.dkp.de

Termine:

12.12.2020 ab 10:30 Uhr: Infostand der DKP Gießen, Am Kugelbrunnen

16.12.2020, 19:00 Uhr: Gruppenabend, Vortragsraum Kongresshalle

18.12.20: Jahresabschlussfeier der DKP Gießen und SDAJ - wir bitten um Anmeldung (Email: g.linhart@gmx.de)

23.12.20: Redaktionsschluss für das Januar-Echo

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern

Protest gegen Hartz IV